

dauerlich. Was dem Gesamtwert dieser Literaturgeschichte dennoch keinen Abbruch tut.

DR. PHILIPP W. HILDMANN,  
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Oermann, Nils Ole / Wolff,  
Hans-Jürgen: Wirtschaftskriege: Geschichte und Gegenwart. Freiburg: Verlag Herder 2019, 272 Seiten, € 24,00.



Provokant könnte man die Frage „Warum haben wir nicht die ganze Zeit Wirtschaftskriege?“ (S. 20) an den Anfang stellen, denn zumindest bis ins 18. Jahrhundert hinein galt Handel „quasi als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ (S. 17). Möglicherweise passieren Wirtschaftskriege aber auch tagtäglich auf einer so niedrigen Eskalationsstufe, dass wir sie nur nicht (mehr) wahrnehmen. Ein Begriff, der erklären könnte, warum gerade jetzt alle Welt wieder von einem neuen Zeitalter der Wirtschaftskriege spricht, ist der der Latenz. Im Laufe der Geschichte haben Großmächte bzw. eine Weltmacht wie die der USA in ihrer dominanten Phase gelernt, ein sehr feines Gespür für Erschütterungen der Macht zu entwickeln. Emporkömmlinge wie China werden zeitig erkannt und am weiteren Aufstieg zu hindern versucht. Da Wirtschaftskriege zwingend eine „zwischenstaatli-

che, politische und polemische Qualität“ (S. 31) erfordern, ist von einem inflationären Gebrauch des Begriffs Abstand zu nehmen, da internationale Wirtschaftsbeziehungen immer auch ein gewisses Maß an Kampf und Konflikt mit sich bringen. Das Autorenteam Oermann und Wolff unterscheidet drei Arten von Wirtschaftskriegen: „Krieg mit wirtschaftlichem Ziel“, „Kampf gegen die feindliche Kriegswirtschaftskraft im bewaffneten Konflikt“ sowie „Kampf gegen die gegnerische Wirtschaftskraft ohne bewaffneten Konflikt“. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt klar auf Letzterem.

Die bisher unter polit-ökonomischen Gesichtspunkten geführte Betrachtungsweise von Wirtschaftskriegen lässt einer grundlegenden Thematisierung der Ethik und Legitimität von wirtschaftlichen Eingriffen wie beispielsweise Sanktionen wenig Raum. Maßnahmen dieser Art können ähnliche humanitäre Katastrophen zur Folge haben, wie die von militärischer Gewalt. Allein die jüngere Geschichte ist gespickt mit zahlreichen erschütternden Beispielen. Die Prinzipien eines „gerechten Krieges“, beginnend mit dem Grundsatz der Immunität der Zivilbevölkerung, versagen im Kontext von Wirtschaftskriegen daher völlig, da sich diese als Mittel der wirtschaftlichen Destabilisierung bewusst gegen den zivilen Teil der Bevölkerung richten. Das internationale Recht, wie es in der Satzung der Vereinten Nationen verankert ist, untersagt prinzipiell jedwede Widerhandlung gegen den völkerrechtlichen Grundsatz der Gleichheit aller Staaten (Art. 2 Abs. 1). Grundsätzlich wären somit alle diskriminierenden Handelsbeschränkungen nach Art. XXI des GATT-Abkommens (1947) de jure un-

zulässig, finden gleichwohl de facto als erweiterter Optionsrahmen zwischen Untätigkeit und militärischem Eingreifen ihre Daseinsberechtigung.

Die „kulturelle[n] Hegemonie“ (S. 93) des seit Mitte des 19. Jahrhunderts erwachsenen Freihandelsparadigmas ist wieder einmal – fast schon zyklisch möchte man meinen – unter Druck geraten. Das Momentum der amerikanischen Außenhandelspolitik gestattet zumindest vorerst, die Last der neu erhobenen Zölle zu drei Vierteln auf die chinesischen Produzenten abzuwälzen, doch der vermeintliche Triumph ist trügerisch und birgt das inhärente Eskalationspotenzial, bis hin zum zwischenstaatlichen bewaffneten Zusammenstoß. Die historische Wirklichkeit der letzten zweihundert Jahre belegt, dass das Diktum guter Handelsbeziehungen als präventive Maßnahme vor Kriegen gerade aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Interdependenz als untauglich verworfen werden muss.

Etwas verfehlt ist da die Kritik der beiden Autoren an den deutschen Außenhandelsüberschüssen (S. 207 f.), da sich Deutschland in einem integrierten Wirtschaftsraum bzw. in einer Währungsunion befindet und über die Zoll- und Wechselkurspolitik keine direkte Handhabe verfügt. Wie der Beitrag der beiden ifo-Ökonomen Felbermayr und Braml (2018) sehr deutlich zeigt, erwirtschaften die USA gegenüber der Europäischen Union zwar eine negative Handelsbilanz, doch aufgrund der Überschüsse aus Dienstleistungen und Vermögenseinkünften liegt deren Leistungsbilanz seit 2009 alljährlich im positiven Bereich. Eine isoliert deutsch-amerikanische Betrachtung wäre vergleichbar sinnlos wie die der Bundesrepublik mit Kalifornien. Die deutsch-

amerikanische Leistungsbilanz ist zudem über die umfangreiche Absatzpolitik amerikanischer Unternehmen aus Niedrigsteuerländern wie Irland und den Niederlanden stark verzerrt. Das derzeitige transatlantische Verhältnis macht vor allem deutlich, dass entgegen der historisch-merkantilistischen Sichtweise heute nicht mehr Handelsüberschüsse als Druckmittel, sondern Defizite gegenüber Überschussländern, die am Erhalt ihrer globalen Wertschöpfungsketten interessiert sind, eingesetzt werden.

Mit großer Besorgnis registrieren Oermann und Wolff, wie die Wachstumserfolge des chinesischen Staatskapitalismus auch für viele im Westen an Anziehungskraft gewinnen, während die Erfolgsgeschichte der (Sozialen) Marktwirtschaft an Zustimmung und Strahlkraft verliert. Ein Erosionsprozess, der mit Blick auf die Wirtschaftsleistung freiheitlich-demokratischer Industriestaaten mehr als unverständlich bleibt. So liegen, gemessen am aktuellen Pro-Kopf-Einkommen, die Vereinigten Staaten von Amerika selbst kaufkraftbereinigt auf einem vierfach höheren Wohlstandsniveau als die Volksrepublik China. Die Botschaft der Autoren ist eindeutig: Wir müssen uns auf einen langen Wettbewerb der Wirtschafts- und Gesellschaftmodelle einstellen, in dem nichts weniger als die Selbstbehauptung der westlichen Kultur, Freiheit und Demokratie auf dem Spiel steht.

DANIEL GOTTAL,  
BAYREUTH